

## **Antrag**

**der Abgeordneten Mehmet Yildiz, Dora Heyenn, Kersten Artus, Tim Golke,  
Norbert Hackbusch, Cansu Özdemir, Christiane Schneider  
und Heike Sudmann (DIE LINKE)**

**Betr.: Keine Kürzungen! Offene Kinder- und Jugendarbeit endlich ausreichend ausstatten!**

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) bietet Kindern und Jugendlichen vor Ort niedrigschwellig und beitragsfrei Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung und Hilfe. Sie fördert das freiwillige Engagement, die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil und ist offen für jede/-n. Sie ist eine unverzichtbare Stütze bei der Alltagsbewältigung der Kinder und Jugendlichen insbesondere aus Familien mit sozialen Problemen.

Der Druck auf die Offene Kinder- und Jugendarbeit wächst dabei stetig. Die Arbeit vor Ort soll mit immer knapperen personellen und finanziellen Ressourcen bewältigt werden. In den letzten Jahren wurden weder die Preisentwicklung noch die Personalkostensteigerungen angemessen berücksichtigt. Tatsächlich steht immer weniger Geld zur Verfügung. Neue Arbeitsfelder wurden und werden von außen an die OKJA herangetragen. Die OKJA soll mit der Schule in Form von Ganztägiger Bildung und Betreuung (GBS) und anderen Trägern in der Form der Sozialen Hilfen und Angebote (SHA) zusammenarbeiten. Die dort bereitgestellten Mittel sollen die zusätzlichen Aufgaben finanzieren. Sie stehen ausdrücklich nicht für die offene Arbeit zur Verfügung. Sie führen allenfalls zu einem Funktionswandel der Einrichtungen. Bei einem angestrebten Versorgungsgrad von 50 Prozent mit GBS-Standorten ist selbst bei vollständiger Einführung nicht damit zu rechnen, dass das Angebot der OKJA überflüssig wird. Die offene Arbeit der Einrichtungen soll also mit immer knapperen personellen und finanziellen Ressourcen bewältigt werden. Schon jetzt ist die Durchführung der Angebote der OKJA nur unter erheblich erschwerten Bedingungen möglich; Leidtragende sind die Beschäftigten und die Nutzer/-innen der Einrichtungen. Die vorgeschlagenen Kürzungen bei den Rahmenezuweisungen der Bezirke und bei den Zuwendungen der BASFI werden zu einer teilweisen Zerschlagung von Einrichtungen führen. Das wird die Stadt teuer zu stehen kommen. Die Kürzungen stehen in keinem Verhältnis zu den Folgen für die soziale Infrastruktur in der Stadt. Sie stehen in krassem Gegensatz zur Diskussion um die Sozialen Hilfen und Angebote. Diese fordert gerade den Ausbau der sozialen Infrastruktur.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. alle Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit so finanziell auszustatten, dass damit mindestens zwei volle Personalstellen pro Einrichtung besetzt werden können;
2. Tarifierhöhungen bei Zuwendungen an die Bezirke zu berücksichtigen;
3. die jährliche Inflationssteigerung entsprechend zu berücksichtigen und finanziell auszugleichen;

4. umgehend zusätzliche 2 Millionen Euro jährlich dafür bereitzustellen;
5. die Kürzung der Rahmenvorgabe für die Bezirke nicht im geplanten Umfang von 10 Prozent vorzunehmen.